

„Menschenrechte und Grundfreiheiten einhalten!“

Stellungnahme für eine andere Asylpolitik
aus aktuellem Anlass der Innenminister*innenkonferenz in Stuttgart



„Die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen bildet die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.“

Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Wir sind über die Entwicklungen und das Handeln parlamentarischer Politik / Administration in Deutschland und der EU sehr besorgt. Flüchtenden Menschen werden immer mehr ihre Grund- und Menschenrechte verwehrt und abgesprochen. In einem Schreiben an die Innenministerkonferenz (IMK), die im Dezember in Stuttgart stattfindet, fordern wir eine Umkehr der Asyl- und Migrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und der EU. Im Folgenden einige unserer Forderungen:

#NoLagerNowhere

Das politische Konzept der Abschreckung / Grundrechtseingriffe, das in Erstaufnahmeeinrichtungen/Anker-Zentren existiert und nur mit privaten Sicherheitsfirmen gegen Geflüchtete durchgesetzt werden kann, darf es nicht länger geben. Intensive Eingriffe in das Recht auf Selbstbestimmung, Unverletzlichkeit der Wohnung, allgemeine Handlungsfreiheit und in weitere Rechte, dürfen nicht länger Bestandteil einer Aufnahme für Geflüchtete sein. Wir fordern die Schließung der Sammellager und bezahlbaren Wohnraum für alle. Das ausgrenzende Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden.

#WirHabenPlatz

Das BMI muss Landesaufnahmeprogrammen zustimmen, damit Kommunen, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben, die Aufnahme von Geflüchteten ermöglicht wird. Gesetzesänderungen, die zu asylverfahrensrechtlichen Einschränkungen geführt haben, müssen zurückgenommen werden. Beratungen durch unabhängige Instanzen und anwaltliche Vertretungen sind unabdingbar. Des Weiteren fordern wir qualifizierte Deutschkurse für alle!

#MauerfallJetzt

Wir fordern zur Eindämmung einer humanitären Katastrophe Direkthilfen für Menschen in den Wäldern von Belarus, einen sicheren Fluchtkorridor und Zugang zu einem Asylverfahren. Den Geflüchteten muss unverzüglich die sichere Ausreise in ein Land ihrer Wahl gewährt werden. Menschen und deren Rechte dürfen nicht zwischen machtpolitischen Interessen zerrieben werden.

#AbolishFrontex

Wir fordern die Einhaltung des Non-Refoulement-Gebots (keine Zurückweisungen an den Grenzen). Politische Beschlüsse, die staatliche Gewalt, Repression und das Sterben von Menschen an den EU-Außengrenzen und im Mittelmeer zur Folge haben, dürfen nicht als Grundlage für administratives Handeln verwendet werden. Es ist zudem dringend notwendig, die Beteiligung von Bund und Ländern an aktuellen FRONTEX-Einsätzen, die der Abschottung und Zurückweisung von Geflüchteten dienen, unverzüglich zu beenden. Die Grenzschutzagentur FRONTEX ist aufzulösen! Gefängnisähnliche Aufnahmelager, die als Pilotprojekte einer zukünftigen EU-Asylpolitik in Griechenland installiert werden, müssen ebenfalls umgehend aufgelöst werden.

#EvacuateRefugeesFromLibya

Die Zusammenarbeit mit Regimes wie in Libyen, wo Geflüchtete versklavt, gefoltert und ermordet werden, muss unverzüglich beendet werden. Betroffene sowie von (sexualisierter) Gewalt und Folter bedrohte Menschen müssen schnellstens ausgeflogen werden.

#AfghanistanBurning

Mit dem Abzug der Bundeswehr und der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan wurden viele ehemaligen Regierungs- und Bundeswehrmitarbeiter*innen zurückgelassen. Diese, Menschen mit Familienangehörigen in Deutschland, Frauen*, Kinder, Schutzbedürftigen, ethnische Minderheiten sowie Menschen, die sich für Menschenrechte, gegen die Taliban und für eine demokratische Gesellschaft einsetzten, werden verfolgt, schweben in Lebensgefahr und werden ermordet. Familienzusammenführungen können nicht mehr stattfinden. Aus diesem Grund fordern wir sofortige Aufnahmeprogramme der Bundesländer sowie ein Bundesaufnahmeprogramm, Familiennachzug, einen sicheren Aufenthalt für in Deutschland lebende Afghan*innen und damit einen ausnahmslosen Abschiebestopp!

#DublinAbschiebungenStoppen

Wir fordern den unverzüglichen Stopp aller „Dublin-Abschiebungen“ (Abschiebung nach Dublin-III-Verordnung). Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist entsprechend darauf hinzuweisen. Das Dublin-Abkommen darf nicht länger Bestandteil europäischer Asylpolitik sein! Wir fordern ein bedingungsloses Aufenthaltsrecht für die nach Deutschland eingereisten Geflüchteten, die in Griechenland einen Anerkennungsstatus haben, dort jedoch unter menschenunwürdigen Verhältnissen leben mussten.

#SyriaNotSafe

Wir fordern eine Erneuerung des Abschiebestopps nach Syrien für alle! Eine Abstufung bei der Gefahrenprognose für bestimmte Gruppen wie sogenannte „Gefährder“ oder „Straftäter“ ist völkerrechtlich unzulässig.

#StopDeportation

Wir fordern einen generellen Abschiebestopp! Der Status der Duldung, der Eingriffe in zahlreiche Verfahrens- und Aufenthaltsrechte erlaubt, muss als asylpolitisches Instrument abgeschafft werden. Geflüchtete (mit einer Duldung) müssen ohne Benachteiligungen Identitätspapiere beschaffen können und unabhängig vom Ausgang der Asylverfahren, die oft Jahre dauern, bedarf es bedingungsloser Bleibereichtsperspektiven. Sämtliche Abschiebungen müssen gestoppt und Abschiebegefängnisse aufgelöst werden. Rückübernahmeabkommen sind aufzukündigen. Wir fordern Regularisierungsprogramme (Bleibereichtregelungen) für Geflüchtete und Migrant*innen, die in einem unregelmäßigen Aufenthaltsstatus leben. Sie dürfen nicht absoluter Rechtslosigkeit ausgeliefert sein.

Die einzelnen Abschnitte des Memorandums beschreiben eine Asylpolitik, die von Ausgrenzungen und Grundrechtsbrüchen bestimmt sind. Beschlossen in Parlamenten. Der aktuelle Vorsitzende der IMK, Thomas Strobl, diffamiert alle, die die Aufnahme von Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze fordern, „als Schlepper“. Dabei begibt er sich selbst außerhalb geltenden Rechts. Das internationale Flüchtlingsrecht und die Menschenrechte verbieten es, schutzsuchenden Menschen an der Grenze ohne individuelle Prüfung ihres Asylantrags zurückzuweisen. Der Grenzraum zwischen Belarus und Polen ist keine menschenrechtsfreie Zone! #LeaveNoOneBehind